

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/7252 –**

**Im Umgang mit den Benin-Bronzen Voraussetzungen für geordnete
Rückführungen mit Augenmaß schaffen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner,
Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/7201 –**

**Die Restitution von Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen
an Nigeria umgehend einstellen**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Bevor weitere Benin-Bronzen an Nigeria restituiert werden, soll die Bundesregierung sicherstellen, dass die Kunstwerke öffentlich zugänglich bleiben und vor Zerstörung oder illegalem Handel geschützt werden. Das fordert die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag. In zukünftigen Restitutionsverhandlungen soll die Bundesregierung stärker auf die Zusage von Leih- und Dauerleihgaben hinwirken. Außerdem soll sie mit europäischen Partnern gemeinsame Leitlinien für Rückgaben abstimmen. Den Umgang mit den bereits nach Nigeria überführten Benin-Bronzen müsse die Bundesregierung umgehend aufklären und in diversen Ausschüssen des Bundestages dazu berichten.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der AfD tritt dafür ein, keine weiteren Benin-Bronzen und sonstigen Artefakte aus dem historischen Königreich Benin aus deutschen Museumssammlungen an Nigeria zu restituieren. Die nigerianische Seite habe gegen den Geist

der bilateralen vertraglichen Vereinbarungen verstoßen, als die restituierten Objekte zu Privateigentum des Oba von Benin erklärt worden seien. Die Bundesregierung soll die finanzielle Unterstützung für den Bau des Edo Museum of West Africa einstellen und sich dafür einsetzen, dass künftig Sammlungsgut aus kolonialem Kontext nur noch in sehr gut begründeten Einzelfällen restituiert wird.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7201 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/7252 abzulehnen.
- b) den Antrag auf Drucksache 20/7201 abzulehnen.

Berlin, den 7. Juli 2023

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Helge Lindh
Berichterstatter

Ansgar Heveling
Berichterstatter

Awet Tesfaiesus
Berichterstatterin

Thomas Hacker
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Jan Korte
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Helge Lindh, Ansgar Heveling, Awet Tesfaiesus, Thomas Hacker, Dr. Marc Jongen und Jan Korte

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 20/7252** in seiner 112. Sitzung am 22. Juni 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 20/7201** in seiner 109. Sitzung am 15. Juni 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Bevor weitere Benin-Bronzen an Nigeria restituiert werden, soll die Bundesregierung sicherstellen, dass die Kunstwerke öffentlich zugänglich bleiben und vor Zerstörung oder illegalem Handel geschützt werden. In zukünftigen Restitutionsverhandlungen soll die Bundesregierung stärker auf die Zusage von Leih- und Dauerleihgaben hinwirken. Außerdem soll sie mit europäischen Partnern gemeinsame Leitlinien für Rückgaben abstimmen. Den Umgang mit den bereits nach Nigeria überführten Benin-Bronzen soll die Bundesregierung umgehend aufklären und in diversen Ausschüssen des Bundestages dazu berichten.

In ihrem Antrag kritisiert die Fraktion der CDU/CSU die bisher erfolgten Rückgaben als voreilig und schlecht vorbereitet. Sie verweist darauf, dass der nigerianische Staatspräsident kurz vor Ende seiner Amtszeit die Eigentumsrechte an den Benin-Bronzen an den Nachfahren der ehemaligen Königsfamilie von Benin (Oba) übertragen habe. Die Bundesregierung habe die herausragenden Stücke, die zum Kulturerbe der Menschheit gehörten, bedingungslos abgegeben und eine dauerhaft sachgerechte Lösung aufgrund moralischer Überhöhung vereitelt.

Die Fraktion schickt voraus, dass sie zu der historischen Verantwortung gegenüber ehemaligen deutschen Kolonien und dem afrikanischen Kontinent stehe. Dem Thema geraubter Kunst komme eine enorme Bedeutung zu. Entscheidend sei jedoch, dass kulturelles Erbe gewahrt und Kunstwerke Öffentlichkeit und Wissenschaft zugänglich blieben. Dieser Maßstab gelte auch für die Benin-Bronzen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der AfD tritt in ihrem Antrag dafür ein, keine weiteren Benin-Bronzen und sonstigen Artefakte aus dem historischen Königreich Benin aus deutschen Museumssammlungen an Nigeria zu restituieren. Die nigerianische Seite habe gegen den Geist der bilateralen Vereinbarungen verstoßen, als die restituierten Objekte zu Privateigentum des Oba erklärt worden seien. Die Bundesregierung soll die finanzielle Unterstützung für den Bau des Edo Museum of West Africa einstellen und sich dafür einsetzen, dass künftig Sammlungsgut aus kolonialem Kontext nur noch in sehr gut begründeten Einzelfällen restituiert wird. Wenn Herkunftsstaaten von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext Rückgaben forderten, müsse stets verdeutlicht werden, dass kein Rechtsanspruch auf Rückgabe bestehe. Nur in Einzelfällen könnten Rückgaben infrage kommen, wenn entsprechende Artefakte nachweislich als Raubgut klassifiziert würden.

Die Fraktion führt aus, die Bundesregierung sei offenbar von der Entscheidung des scheidenden Staatspräsidenten Nigerias überrascht worden, die Bronzen an den Oba von Benin zu übertragen. Die Bundesregierung habe sich

im Restitutionsverfahren unprofessionell verhalten und frühe Hinweise nicht erkannt. Die Fraktion beanstandet ideologisch begründete Verantwortungslosigkeit im Hinblick auf das Schicksal einzigartigen Kulturguts. Die Bundesregierung agiere auf dem schwankenden Boden postkolonialistisch aufgeladener Symbolpolitik. Dieser Irrweg müsse beendet werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 43. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfahl in seiner 46. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Rechtsausschuss** empfahl in seiner 62. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 54. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfahl in seiner 44. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfahl in seiner 51. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 43. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7201 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 39. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7252 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 39. Sitzung am 5. Juli 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7201 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** skizzierte zunächst die Vorgeschichte: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und die Außenministerin hätten im vergangenen Jahr mit viel Aplomb Benin-Bronzen an Nigeria zurückgegeben. Ende März 2023 habe der scheidende nigerianische Staatspräsident die Eigentumsrechte an diesen Bronzen an den Oba abgetreten. Der Oba sei der Nachfahre jener Königsfamilie, die aufgrund

von Menschenrechtsverletzungen wie dem Sklavenhandel seinerzeit zur Entstehung der Benin-Bronzen beigetragen habe. Damit sei die Absicht umgekehrt worden, die die Vorgängerin der aktuellen BKM, die damalige Staatsministerin Monika Grütters, verfolgt habe. Diese habe 2021 eine Erklärung zum Umgang mit den in deutschen Museen und Einrichtungen befindlichen Benin-Bronzen initiiert, um zweierlei zu erreichen: die Zugänglichmachung identitätsstiftender Kulturgüter für und die Eigentumsübertragung an die heutigen Herkunftsgesellschaften als Ganzes, nicht jedoch lediglich an einzelne Nachfahren.

Die Fraktion der CDU/CSU machte deutlich, der aktuelle Fall sei kein Anlass, Rückgaben grundsätzlich infrage zu stellen, sondern Auftrag, es künftig besser zu machen. In Restitutionsverfahren komme es auf Sorgfalt an. Dafür stünden viele erfolgreiche und geräuschlos durchgeführte Rückgaben.

Das aktuelle Geschehen verdeutliche die Komplexität von Verbringungshistorien und Eigentumsansprüchen in kolonialen Kontexten. Die Frage nach dem jeweiligen politischen Gestaltungsspielraum erscheine wichtiger denn je. Gebrauchte werde ein international gültiger Standard der Fürsorge im Umgang mit dem Menschheitskulturerbe. Im Hinblick auf die bereits restituierten Benin-Bronzen gelte es, Klarheit über ihre Zukunft zu schaffen. Vor der Rückgabe weiterer Benin-Bronzen sei sicherzustellen, dass diese Objekte in Nigeria öffentlich zugänglich und vor Zerstörung oder illegalem Handel geschützt würden. Das geplante nigerianische Museum, für das die Bundesrepublik Deutschland 4 Millionen Euro bereitstelle, müsse in diesem Kontext gesehen werden. Aufbauend auf der Benin Dialogue Group sollte im Austausch mit anderen europäischen Staaten, insbesondere mit Frankreich und Großbritannien, eine gemeinsame Leitlinie erarbeitet werden.

Mit einem solchen sorgfältigen, auf die Herkunftsgesellschaften orientierten Prozess könne Deutschland seiner Verantwortung für die Rückgaben gerecht werden.

Die **Fraktion der AfD** konstatierte, die Öffentlichkeit habe im Mai 2023 nicht von der Bundesregierung, sondern aus den Medien erfahren, dass der damalige nigerianische Präsident am 23. März 2023 alle aus deutschen Museen rückgeführten Benin-Artefakte an den Oba von Benin verschenkt habe. Inzwischen sei bekannt, dass die Bundesregierung seit dem 17. April 2023 informiert gewesen sei. Dennoch hätten sich die BKM und der Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz bei Bekanntwerden überrascht gegeben. Die Außenministerin habe überdies erklärt, die Rückgabe der Bronzen an Nigeria sei nicht an Bedingungen geknüpft gewesen. Jetzt würden die Bronzen im Palast des Oba in Benin City aufbewahrt und dürften als Leihgaben nur noch mit dessen Genehmigung herausgegeben werden. Aus öffentlichem Gut werde exklusives Privateigentum. Für die deutsche Politik und die ihren Zielen dienenden Museumsleute ende die Rückgabe der Bronzen in einem Fiasko.

Eine Sprecherin der Benin Dialogue Group vertrete trotzdem die Auffassung, es sei nicht Aufgabe der Gruppe zu prüfen, was wann wo mit den zurückgeführten Objekten geschehe. Von Seiten der Fraktion der SPD sei argumentiert worden, man müsse sich in Demut üben, es dürften im Zusammenhang mit Restititionen keine deutschen Regeln nach Afrika exportiert werden. In solchen Aussagen bündelte sich die hypermoralisch verbrämte Verantwortungslosigkeit, mit der diese Restitution betrieben werde.

Die Fraktion der AfD fordere Sofortmaßnahmen: Es dürften keine weiteren Benin-Bronzen und sonstigen Artefakte an Nigeria restituiert werden, weil die nigerianische Seite gegen den Geist vertraglicher Vereinbarungen verstoßen habe. Das finanzielle Engagement Deutschlands beim Bau des Edo Museum of West African Art in Benin City sei einzustellen. Die Fraktion der CDU/CSU bleibe mit ihrem Antrag auf halber Strecke stehen. Sie problematisiere zwar zutreffend die Rolle des Oba, bleibe aber die nötige Schlussfolgerung, den Stopp der Restitution, schuldig. Außerdem sei die Fraktion nicht glaubwürdig, schließlich habe die ehemalige BKM, Monika Grütters, die Weichen für die Restitution gestellt.

Die **Fraktion der SPD** mahnte Sensibilität an, nicht zuletzt in der Sprache. Die Debatte belege jedenfalls, dass es zwischen den Fraktionen deutliche Differenzen und ganz eindeutig unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit Kolonialismus gebe. Man möge sich vorstellen, vor Jahrzehnten wäre in die Zentrale einer demokratischen Partei eingebrochen worden. Dort wäre ein zentrales Dokument der Demokratie gestohlen worden. Dann wäre es heute Aufgabe und Pflicht, dieses Objekt zurückzugeben, ohne Bedingungen zu stellen. Der Dieb dürfte nicht verlangen, dass das Dokument ausgestellt werden müsste. Dieses Rechtsverständnis gelte analog im Hinblick auf Objekte aus kolonialem Raub.

Die Fraktion der SPD unterstützte ausdrücklich die Position der Bundesregierung, wonach die nigerianische Souveränität zu achten sei und es kein Recht gebe, Vorgaben zu verfügen. Zwischen der Restitution und begleitenden

Verfahren (Beispiel Museumsvereinbarungen) sei zu unterscheiden. Die aktuelle Bundesregierung setze den Weg fort, den die vormalige Bundesregierung dankenswerterweise eingeschlagen habe.

Im Übrigen arbeiteten beide vorgelegten Anträge mit Unterstellungen. Es werde angenommen, dass die Benin-Bronzen auf Dauer der Öffentlichkeit entzogen würden. Über Wege in die Illegalität werde spekuliert. Für solche Annahmen gebe es keine Belege. Besser sei es, bei der Aufarbeitung des Kolonialismus auf eurozentrische Annahmen zu verzichten.

Zurückgeben bedeute tatsächlich Demut und heiße, Unrecht anzuerkennen. Nigeria dürfe nicht in einem neuen Akt des Kolonialismus vorgeschrieben werden, welche Bedingungen dort zu schaffen seien. Sollte ein traditionelles Königshaus Verfügung über die restituierten Artefakte erhalten, müsse dies ausgehalten werden. Zu erwarten seien auch innernigerianische Klärungen. Jedenfalls sei es nicht an deutschen Stellen, Rückgaben mit Bedingungen zu verknüpfen. Wer ernsthaft an solche Vorgaben denke, der könne sich die Restitution und jede postkoloniale Politik sparen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. zeigte sich angesichts der Vorgeschichte des Restitutionsverfahrens erstaunt über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU. Der Antrag sei in den Debattenkomplex einzuordnen, der von der AfD und der neuen Rechten polemisch und geschichtsverfälschend geführt werde. Die Fraktion der CDU/CSU müsse sich fragen lassen, in wessen Beiboot sie in dieser Diskussion unterwegs sei. Die neue Rechte trete dafür ein, das verbrecherische System des Kolonialismus differenziert zu betrachten. In diesen Kontext werde die Rückgabe dort eingeordnet.

Dass die zurückgegebenen Benin-Bronzen der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht würden, sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt Spekulation. Immerhin sei in einem Erlass des scheidenden Präsidenten festgelegt, dass die Objekte unversehrt bleiben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten.

Kritik an der Bundesregierung sei gleichwohl berechtigt. Ganze Gruppen seien in die Diskussion um die Rückgabe der Benin-Bronzen nicht einbezogen worden. Zivile Gruppen und Akteure aus der Forschung, beispielsweise die „Restitution Study Group“ mit Sitz in New York, hätten die pauschale Rückgabe kritisiert. Die Nachfahren des Systems der Versklavung hätten die Benin-Bronzen nicht zu Unrecht als Blutmetalle bezeichnet und Forderungen zur Wiedergutmachung für den transatlantischen Sklavenhandel erhoben. Es sei ein Fehler, die Diskussion über den Kolonialismus auf die Debatte über Rückgaben zu verengen. Raub, kolonialer Völkermord, das Kaiserreich als Nutznießer des transatlantischen Sklavenhandels – solche Aspekte gehörten in die Debatte.

Vor diesem Hintergrund sei der Antrag der Fraktion der CDU/CSU überraschend. Es gehe um die Anerkennung von begangenen Unrecht. Kolonialismus sei ein verbrecherisches Herrschaftssystem. Diese Grundaussage gelte fort, zu differenzieren gebe es an dieser Stelle nichts.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, dass der Grundsatz der Bundesregierung, bedingungslos zu restituieren, richtig sei. Sie bezog sich auf die Außenministerin, die es falsch genannt habe, die Bronzen zu rauben, sie zu besitzen und zu behalten. Wenn die Fraktionen der CDU/CSU und AfD sagten, die Restitution sei gescheitert und sie der Bundesregierung vorhielten, die Bronzen seien nun der Öffentlichkeit entzogen, so missachteten beide Fraktionen die Stellung des Oba. Er sei in Nigeria eine Person von kulturell-gesellschaftlicher Bedeutung. Zudem sei er direkter Nachfahre der beraubten Herkunftsgesellschaften. Die Fraktion der CDU/CSU fordere in ihrem Antrag, eine Rückgabe habe an die Herkunftsgesellschaften als „Ganzes“ zu erfolgen. Was das bedeute, bleibe offen. Schließlich existiere das Königreich Benin nicht mehr, weil Europa es zerstört habe und sei Nigeria ein Staat, den Europa konstruiert habe. Die Sachlage sei komplex. Wenn schließlich über Sklavenhandel gesprochen werde, müsse geschaut werden, in wessen Auftrag Sklaven gehandelt worden seien und wer für sie gezahlt habe.

Als Argument werde angeführt, die Bronzen müssten öffentlich zugänglich gemacht und vor Zerstörung bewahrt werden. Hier werde übersehen, dass die meisten Objekte in Deutschland in den Kellern der Museen eingelagert seien, in unzulänglichen Behältern, nicht inventarisiert und verseucht durch Pestizide. Es sei deshalb sogar zweifelhaft, ob solche Objekte überhaupt zurückgeführt werden könnten. Für die Öffentlichkeit zugänglich seien sie weder hierzulande noch für die Herkunftsgesellschaften. Die Fraktion riet zu Bescheidenheit. Die meisten deutschen Museen könnten gar nicht sagen, was in ihren Kellern lagert. Die antragstellenden Fraktionen überhöben sich daher mit dem Vorwurf, die Bronzen seien mit der Restitution der Öffentlichkeit entzogen worden.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, Restitution bedeute Wiedergutmachung für etwas, für das es eigentlich keine Wiedergutmachung geben könne. Mit den Objekten aus kolonialen Kontexten schlummerten historisch sensible Objekte in den Museen. Mit deren Geschichte müssten die Museen sich auseinandersetzen. Darum sei es wichtig, die Provenienzforschung zu stärken. Nur so lasse sich etwas über die Objekte und deren Herkunft erfahren und so die Voraussetzung für sinnvolle Restitution schaffen. Der Erwerb der kolonialen Objekte sei oft mit Gewalt und Abhängigkeitsverhältnissen verbunden gewesen. Dem müsse man sich stellen.

Am 1. Juli 2022 sei in Berlin eine Erklärung unterzeichnet worden, wonach die deutschen Museen die Benin-Bronzen an den Staat Nigeria zurückgeben könnten, wo das ehemalige Königreich Benin liege. Man könne stolz darauf sein, dass mit Restitutionsbedingungen verknüpft seien. Es gehe um die Rückführung von nicht rechtmäßig erworbenem Eigentum. Moralisch und juristisch sei es daher fragwürdig, Bedingungen an die Rückgabe zu knüpfen. Die Entscheidung, wie mit den Kulturgütern umzugehen sei, obliege allein den Eigentümern. An gestohlenem Eigentum könne niemand ein Recht erwerben.

Die Frage, ob es eine Rückgabe geben sollte, wie sie die Fraktion der AfD aufwerfe, stelle sich für die Fraktion der FDP daher nicht. Es könne nur um die Frage der Ausgestaltung der Rückgabe gehen. Wenn die Fraktion der CDU/CSU für eine „Rückführung mit Augenmaß“ plädiere, müsse dies von den Herkunftsgesellschaften, denen mit den Objekten ein Teil ihrer Identität geraubt worden sei, als Affront verstanden werden. Ratsam sei, sich im Zusammenhang mit Restitutionsbedingungen jegliche neokoloniale Attitüde zu versagen.

Berlin, den 7. Juli 2023

Helge Lindh
Berichtersteller

Ansgar Heveling
Berichtersteller

Awet Tesfaiesus
Berichterstellerin

Thomas Hacker
Berichtersteller

Dr. Marc Jongen
Berichtersteller

Jan Korte
Berichtersteller